

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Christine Buchholz, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/4918 –**

### **Treffen europäischer Innenminister und Innenministerinnen im sogenannten Forum Salzburg**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 5. Mai 2015 trafen sich fast zwei Dutzend europäische Innenministerinnen und Innenminister im Rahmen des sogenannten Forum Salzburg (Presseaus-sendung des Innenministeriums Österreich vom 29. April 2015). Das Forum Salzburg ist laut dem Innenministerium Österreich eine von diesem initiierte „mitteleuropäische Sicherheitspartnerschaft“. Sie zielt auf mehr regionale Zusammenarbeit, Kooperation und gemeinsame Arbeit innerhalb der Euro-päischen Union (EU). Gastgeberin war die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, erwartet wurden „knapp 20 Amtskollegen vor allem aus Mittel- und Südosteuropa“. Auch der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, nahm daran teil. Zudem waren die Direktoren der EU-Polizeiagen-tur Europol sowie der internationalen Polizeiorganisation Interpol eingeladen. Kernthemen seien „Migration, Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und Cyber-Sicherheit“. Im Einzelnen gehe es um „gemeinsame Positionen“ für die in Vorbereitung befindliche EU-Agenda zur Migration zu diskutieren sowie die österreichische „Save-Lives“-Initiative zu erörtern (Bundestagsdrucksache 18/3024). Zudem wolle der österreichische Vorsitz im Forum Salzburg die Gründung einer gemeinsamen „Allianz gegen illegale Migration in Mittel- und Südosteuropa“ zur Diskussion stellen. Weiter stünden „gemeinsame Positionen sowie Maßnahmen“ zur Umsetzung der kürzlich von der Europäischen Kom-mission präsentierten „Europäischen Agenda für Sicherheit“ auf der Tagesord-nung (Kommissionsdokument vom 28. April 2015). Zudem sollten „Koopera-tionen gegen Extremismus und Terrorismus in Mittel- und Südosteuropa“ be-sprochen werden und „gemeinsame Beiträge zur diesbezüglichen EU-Politik“ erörtert werden. Im Mittelpunkt stünden die „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Prävention im Internet, Informationsaustausch und eine ver-stärkte Nutzung von Europol und Interpol“. Zum Tagesordnungspunkt Cyber-sicherheit schlägt Österreich vor, einen „Cyber-Dialog in Mittel- und Südost-europa“ zu starten. Dabei würden die „verstärkte Kooperation der relevanten Strafverfolgungsbehörden, Know-how-Austausch zu einem ‚Multi-Stakehol-der-Approach‘ entsprechend dem österreichischen Public-Private-Partner-

schafts-Modell sowie die gemeinsame Förderung europäischer Cyber-Kompetenzen und sicherer Cyber-Produkte“ besprochen.

1. Mit welchem Personal haben welche Innenministerien welcher Länder (auch Deutschlands), welche Polizeibehörden oder -institutionen und welche privaten Firmen an dem Forum Salzburg teilgenommen?

Weder der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière noch ein anderer Vertreter der Bundesregierung haben an der Salzburg Forum Ministerkonferenz am 4. und 5. Mai 2015 teilgenommen. Darüber hinaus liegen hier keine Informationen vor.

2. Sofern die Bundesregierung hierzu über keine Auflistung verfügt, welche Teilnehmenden sind ihr (nicht nur aus eigenen Gesprächen) noch erinnerlich?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Inwiefern haben Bundesbehörden die Gestaltung des Treffens bzw. der Tagesordnung mitbestimmt?

Das Salzburg Forum (SF) tagt in unterschiedlichen Formaten: nur Mitgliedstaaten (MS) des SF sowie MS des SF + Group of Friends + Gäste. Deutschland ist nicht MS des SF. Der Bundesminister des Innern war nicht zur eigentlichen Sitzung der Salzburg Forum Ministerkonferenz (nur MS des SF) eingeladen. Vielmehr war er gebeten worden, an der Sitzung im Format „Group of Friends“ der Salzburg Forum Ministerkonferenz als Gast teilzunehmen. Insoweit nahm ein Vertreter des Bundesministeriums des Innern an dem Vorbereitungstreffen im Format „Group of Friends“ am 21. und 22. April 2015 als Gast teil. Hierbei wurden die Gestaltung der Sitzung und die Tagesordnung im Format „Group of Friends“ der Salzburg Forum Ministerkonferenz vom Vorsitz vorgestellt.

4. Welche Vorträge zu welchen Themen und mit welchen Kernaussagen haben der Bundesinnenminister oder andere Bundesbehörden gehalten, bzw. welche schriftlichen Statements wurden von diesen verteilt?
5. Welche Vorträge zu welchen Themen und mit welchen Kernaussagen hat der italienische Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident Angelino Alfano nach Kenntnis der Bundesregierung gehalten, bzw. welche schriftlichen Statements wurden von diesem verteilt?
6. Welche Vorträge zu welchen Themen und mit welchen Kernaussagen hat der Europol-Direktor Rob Wainwright nach Kenntnis der Bundesregierung gehalten, bzw. welche schriftlichen Statements wurden von diesem verteilt?
7. Welche Vorträge zu welchen Themen und mit welchen Kernaussagen hat der frühere BKA-Vizepräsident (BKA – Bundeskriminalamt) und Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock nach Kenntnis der Bundesregierung gehalten, bzw. welche schriftlichen Statements wurden von diesem verteilt?
8. Welche Vorträge zu welchen Themen und mit welchen Kernaussagen haben Angehörige oder Leiter des rumänischen SECI-Centers/SELEC nach Kenntnis der Bundesregierung gehalten, bzw. welche schriftlichen Statements wurden von diesen verteilt (Ratsdokument 6504/1/11)?

9. Welche Positionen wurden vom Forum Salzburg hinsichtlich einer „EU-Mitteilung zum Thema Sicherheit und Terrorismus“ (Pressemitteilung Innenministerium Österreich, 5. Mai 2015, gemeint ist vermutlich die „Europäische Sicherheitsagenda“, siehe Europäische Kommission vom 28. April 2015) „abgestimmt“ (bitte einzeln auflühren)?
10. Welche weiteren Positionen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung nur dargestellt und diskutiert, aber nicht vereinbart?
11. Welche konkreten Vorhaben, Vorschläge oder Phänomene wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Kooperationen gegen Extremismus und Terrorismus in Mittel- und Südosteuropa“ besprochen?
12. Welche „gemeinsame[n] Beiträge zur diesbezüglichen EU-Politik“ wurden nach Kenntnis der Bundesregierung dargestellt, diskutiert oder vereinbart?

Die Fragen 4 bis 12 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

13. Auf welche Weise sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die „Westbalkan-Partner“ stärker im Kampf gegen den Terrorismus einbezogen werden (Pressemitteilung Innenministerium Österreich, 5. Mai 2015)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist die Intention des SF, die „Westbalkan-Partner“ im Rahmen von Gestaltung, Prävention und Reaktion stärker im Kampf gegen den Terrorismus einzubeziehen. Hierfür sollen starke Partnerschaften zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Westbalkan entstehen und Kommunikationsstrategien zur Förderung von Toleranz, Respekt, Nichtdiskriminierung, Grundfreiheiten und Solidarität sowie der intra-religiöse Dialog gefördert werden.

14. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche „Westbalkan-Partner“ zukünftig ebenfalls an den „Focal Point Travellers“ bei Europol angeschlossen werden sollen (Pressemitteilung Innenministerium Österreich, 5. Mai 2015)?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, welche „Westbalkan-Partner“ in Zukunft an den Focal Point „Travellers“ angeschlossen werden sollen. Die Beteiligung eines Drittstaates an den Arbeiten einer solchen Analysegruppe setzt u. a. voraus, dass zwischen Europol und dem betreffenden Drittstaat ein Abkommen mit geeigneten Bestimmungen über den Informationsaustausch einschließlich der Übermittlung personenbezogener Daten in Kraft ist (Artikel 14 Absatz 8 Satz 1 Buchstabe a des Europol-Ratsbeschlusses 2009/371/JI). Ein derartiges Abkommen ist derzeit zwischen Europol und Albanien, Serbien und Mazedonien in Kraft sowie in Kürze mit Montenegro. Keiner dieser Drittstaaten ist derzeit am Focal Point „Travellers“ beteiligt.

15. Auf welche Weise könnten demnach eine „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Prävention im Internet, Informationsaustausch und eine verstärkte Nutzung von Europol und Interpol“ umgesetzt werden?

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist die Intention des SF, dass die „Westbalkan-Partner“ mit Blick auf den Kampf gegen den Terrorismus stärker in den Austausch von Informationen und „best practices“ einbezogen werden sollen.

Ebenso soll die Zusammenarbeit mit dem EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, Europol und Interpol verstärkt werden. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

16. Welche „Westbalkan-Partner“ sollen bzw. wollen nach Kenntnis der Bundesregierung bei der künftigen Internet-Meldestelle EU-IRU bei Europol „zur Entfernung radikaler islamistischer Inhalte aus dem Internet“ teilnehmen (Pressemitteilung Innenministerium Österreich, 5. Mai 2015)?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, welche „Westbalkan-Partner“ bei der künftigen Internet-Meldestelle EU-IRU bei Europol teilnehmen sollen oder wollen. Nach Kenntnis der Bundesregierung plant Europol derzeit nur eine Teilnahme von solchen Drittstaaten an der EU-IRU, mit denen ein Abkommen mit geeigneten Bestimmungen über den Informationsaustausch einschließlich der Übermittlung personenbezogener Daten in Kraft ist. Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

17. Was ist nach Kenntnis der Bundesregierung damit gemeint, wenn die österreichische Innenministerin davon spricht, eine der „Positionen“ sei die verstärkte Beachtung möglicher „Zusammenhänge zwischen illegaler Migration und Terrorismus“ (Pressemitteilung Innenministerium Österreich, 5. Mai 2015)?

Die Bundesregierung kommentiert die Aussagen von Mitgliedern der Regierungen anderer Staaten nicht.

18. Welche „gemeinsame[n] Positionen für die in Vorbereitung befindliche EU-Agenda zur Migration“ wurden nach Kenntnis der Bundesregierung diskutiert?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

19. Worin besteht nach Kenntnis der Bundesregierung eine gemeinsame „Allianz gegen illegale Migration in Mittel- und Südosteuropa“, welche Ziele verfolgt diese, und wer gehört ihr an?

Vom Vorsitz des SF ist im Rahmen des Vorbereitungstreffens im Format „Group of Friends“ zum Thema „illegale Migration“ ein gemeinsames Handeln der Mitgliedstaaten des SF abstrakt vorgestellt worden.

20. Welche „gemeinsame[n] Maßnahmen zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität“ wurden nach Kenntnis der Bundesregierung verabredet, bzw. was trug die österreichische Innenministerin hierzu vor (Pressemitteilung Innenministerium Österreich, 5. Mai 2015)?
21. Mit welchem Inhalt wurde die österreichische Initiative „Save lifes“ behandelt, und welche Verabredungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung hierzu getroffen, bzw. welche Willensbekundungen wurden geäußert?
22. Inwiefern wurden auch die Maßnahmen der Bundespolizei gegen unerwünschte Migration aus dem Kosovo oder Ungarn besprochen oder sogar weitere, ähnliche Maßnahmen geplant bzw. erörtert (Schriftliche Frage 23 des Abgeordneten Andrej Hunko auf Bundestagsdrucksache 18/4494)?

23. Wer trug nach Kenntnis der Bundesregierung zum Thema „Cyber-Dialog in Mittel- und Südosteuropa“ vor?
24. Welche Vorhaben bzw. Vorschläge wurden im Rahmen einer „verstärkte[n] Kooperation der relevanten Strafverfolgungsbehörden“ sowie der „gemeinsame[n] Förderung europäischer Cyber-Kompetenzen und sicherer Cyber-Produkte“ vorgestellt und bzw. oder vereinbart?
25. Auf welche Weise sollen nach Kenntnis der Bundesregierung „Internet-Unternehmen und die Wirtschaft“ stärker in die „Kooperation der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden global, EU-weit und regional“ eingebunden werden, bzw. was trug die österreichische Innenministerin hierzu vor (Pressemitteilung Innenministerium Österreich, 5. Mai 2015)?

Die Fragen 20 bis 25 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

26. Was ist der Bundesregierung über einen niederländischen Vorschlag bekannt, „auf Expertenebene an einer weiteren Verbesserung des Multistakeholder-Ansatzes“ und hierfür ein „Global Forum on Cyber Expertise“ zu gründen, das den Erfahrungsaustausch im Bereich Cybersicherheit und Cyberkriminalität erleichtern soll (Presseaussendung des Innenministeriums Österreich vom 20. April 2015)?

Am 16. April 2015 wurde in Den Haag im Rahmen der „4. Global Conference on Cyberspace“ ein „Global Forum on Cyber Expertise“ (GFCE) gegründet. Es dient der länderübergreifenden bzw. internationalen Unterstützung zum Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologie-Infrastrukturen. Dies beinhaltet den Auf- und Ausbau von Kapazitäten bzw. Kompetenzen, technischer und administrativer Infrastrukturen, rechtlicher Rahmenbedingungen sowie nachhaltige und effiziente Strategie- und Politikformulierung. Dieses breite und komplexe Feld bedarf der Abstimmung zwischen einer Vielzahl von Akteuren. Das GFCE soll eine Plattform für freiwillige Koordinierung und Abstimmung bieten. Deutschland ist Gründungsmitglied des Forums. Die Bundesregierung verweist hierzu auch auf die im Internet abrufbaren Informationen: [www.gccs2015.com/programme/global-forum-cyber-expertise-gfce](http://www.gccs2015.com/programme/global-forum-cyber-expertise-gfce).

27. Wer soll bzw. will dem „Global Forum on Cyber Expertise“ nach Kenntnis der Bundesregierung angehören?

Bei Gründung des GFCE am 16. April 2015 hatten sich 42 Staaten, Organisationen und Unternehmen angeschlossen: Argentinien, Australien, Belgien, Bangladesch, Chile, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Indien, Israel, Japan, Kanada, Kenia, Marokko, Mexico, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Republik Korea, Rumänien, Senegal, Schweden, Schweiz, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Vietnam, Afrikanische Union, Europarat, Europäische Union, Europol, Internationale Fernmeldeunion, Internationale Handelskammer, Organisation Amerikanischer Staaten, Cisco, Hewlett Packard, Huawei Technologies, Microsoft, Symantec Corporation und Vodafone. Die Teilnahme ist freiwillig und offen.

28. Inwiefern und mit welchem Inhalt wurde eine solche „Verbesserung des Multistakeholder-Ansatzes“ auch beim Forum Salzburg behandelt?

Auf dem Vorbereitungstreffen im Format „Group of Friends“ am 21. und 22. April 2015 erfolgte keine Erörterung des Themas „Verbesserung des Multistakeholder-Ansatzes“. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

29. Mit welchem Personal haben nach Kenntnis der Bundesregierung welche Innenministerien welcher Länder (auch Deutschlands), welche Polizeibehörden oder -institutionen und welche privaten Firmen an der „Global Conference on Cyberspace 2015“ in Den Haag teilgenommen?

Aus Deutschland nahmen sechs Personen an der Konferenz teil, davon seitens des Auswärtiges Amtes drei Personen, seitens des Bundesministeriums des Innern zwei Personen und seitens des Bundesministeriums der Verteidigung eine Person.

Insgesamt haben ca. 1 300 Teilnehmer aus mehr als 100 Staaten teilgenommen. Die hochrangig besuchte Konferenz, an der über 40 Staatschefs und Minister sowie Direktoren von internationalen Organisationen teilnahmen, stand spiegelbildlich für das international ausgeprägte Interesse an den Themen und die politische Bedeutung, die Fragen der Cybersicherheit und Internetfreiheit sowie Cyber Capacity Building beigemessen werden. Die gemeldeten Teilnehmer/Delegationsleiter sind unter folgendem Link aufgeführt: [www.gccs2015.com/participants](http://www.gccs2015.com/participants).

30. Wann und wo soll nach Kenntnis der Bundesregierung das nächste Forum Salzburg abgehalten werden, und wer bereitet dieses vor?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.



